

Die Regierung wackelt

Die **widersprüchlichen** und halbherzigen Maßnahmen sorgen für Unsicherheit und Frust. Das wiederkehrende Chaos bei Schulen, Impfen etc. tut ein Übriges. Die Stabilität der Regierung hat ihre Ursache im Fehlen einer ernsthaften Opposition. Weil die Gewerkschaft völlig versagt, können FPÖ & Pseudo-Skeptiker*innen das Vakuum füllen.

Seite 2

ISA: Corona stoppt uns nicht!

Trotz Pandemie und Repression baut sich die International Socialist Alternative ISA stetig auf. Dazu gehören internationale Kampagnen, rege Diskussionen und zahlreiche Veranstaltungen und Aktionen. Von Kanada bis Südafrika, von Taiwan bis Mexiko, von Australien bis Russland, von Schweden bis Tunesien: Mehr unter www.internationalsocialist.net

Seite 12

Schwerpunkt

Die Wirtschaftskrise ist erst am Anfang. Auch wenn die Herrschenden unterschiedlicher Meinung sind, was zu tun ist, klar ist: Die Arbeiter*innenklasse soll (wieder) zahlen.

Seiten 7-10



VORWÄRTS SLP)

Sozialistische LinksPartei

Solipreis € 2,-
Normalpreis € 1,-

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 291 | 02 / 03
2021

Arbeitsdruck * Homeschooling * Sexismus

Jetzt braucht es Streiks!

Der **8. März** war und ist ein Kampftag für die Rechte von Frauen. Die "To-Do"-Liste ist lang und wird dank Corona und Wirtschaftskrise noch länger. V.a. Frauen schuften in den "systemrelevanten" Jobs, aber im Geldbörse schlägt sich das nicht nieder. Von der massiven Extrabelastung durch Homeoffice, Homeschooling & Co. ganz zu schweigen. Dank Lockdown ohne entsprechender Unterstützung nimmt die Gewalt gegen Frauen zu. Von der Wirtschaftskrise sind Frauen besonders betrof-

le" Frauenbilder wieder "modern". Deshalb passen der offene Sexismus von Trump & Kickl und der konservativ-verschleierte von Kurz&Co. so gut zu den Bedürfnissen des Kapitals.

Die andere Seite ist aber der wütende Aufschrei von Argentinien bis Indien, von den USA bis Südafrika, von Südkorea bis Polen. Junge Frauen, die täglich erleben, dass das Märchen von Gleichbe rechtigung und Zukunftschancen zu Staub zerfällt. Ältere Frauen, die erleben, dass ihre Bitten, ihre



Die Gewerkschaft muss Widerstand und Streik organisieren, statt der Kurz-Regierung die Stange zu halten!

fen. Das herrschende System braucht unsere unbezahlte Arbeit in der Familie, um Löhne niedrig und Profite hoch zu halten - darum sind "traditionel-

Mühen und ihr Kampf die Diskriminierung nicht beendet haben. Es ist die Wut der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Sie werden nicht vertreten von Angela

Merkel oder Kamala Harris. Es sind die Lehrerinnen und Krankenpflegerinnen, die Sekretärinnen und Handelsangestellten, die Arbeitslosen und die Fabriksarbeiterinnen, die für ihre Zukunft nicht bitten wollen, sondern kämpfen müssen. Selbst im schwierigen 2020 gab es Proteste, 2021 wird nicht zurückstehen. Die Streiks im Sozialbereich haben gezeigt, dass Kampfbereitschaft da ist. Die milliardenschweren Hilfspakete der Regie-

rung zeigen, dass das Geld da ist. Jugendliche kämpfen für sichere Schulen, Berufstätige für das Recht, bei vollem Lohn zuhause zu bleiben, Arbeitslose für genug Geld: Es muss ein Kampf sein, der alle Unterdrückten und Ausgebeuteten zusammenführt, egal welchen Geschlechts, egal welcher Herkunft. Es ist ein Kampf, wo wir hier unten uns die ganze Bäckerei holen und nicht nur ein paar Brösel.

Sonja Grusch

Die SLP sagt:

- Kämpf mit uns dafür, dass Frauenthemen endlich Gewerkschaftsthemen werden: Für höhere Löhne, sichere Jobs und gegen Sexismus
- Kämpf mit uns für eine Zukunft ohne Ausbeutung und Unterdrückung - eine sozialistische Zukunft!



Von Sonja Grusch Also, das wussten Sie schon? Ja, wenn man aufmerksam die Medien verfolgt, dann werden immer wieder auch grüne Politiker*innen genannt. Inhaltlich hingegen ist wenig davon zu merken. Oder doch? In den "Grünen News" zum Jahresanfang wird viel Eigenlob über die angeblich erfolgreiche Regierungsarbeit verbreitet. U.a. die falsche Behauptung, das Arbeitslosengeld wäre erhöht worden (es gab Einmalzahlungen, die im Vergleich zu den Milliardengeschenken an die Firmen pimpfix waren). V.a. aber gibt man sich staatstragend und erklärt, dass man "Verantwortung" übernommen habe.

Die Ausrede "Corona" lasse ich nicht gelten – z.B. bei der Frage der Nicht-Aufnahme von Flüchtlingen. Hier fallen die Grünen sogar hinter den Koalitionsvertrag zurück, der hier de facto einen koalitionsfreien Raum vorsieht. Nicht einmal dieser wird genutzt, sondern

Wichtige Info: Die Grünen sind in der Regierung!

stattdessen brav der Kurz-ÖVP die Stange gehalten. Die Grünen sind eine angepasste normale Partei geworden, daran ändern eine kämpferische Vergangenheit und einzelne aufmüpfige Mitglieder nichts. Spätestens seit Joschka Fischer ist klar: Der Wandel wird vom Establishment akzeptiert, wenn man sich seinen Inhalten anpasst (die Form – Stichwort: Turnschuhe – folgt mit der Zeit). Wie sagt das Känguru in seinen Chroniken? "Beim Marsch durch die Institutionen, wird man zum Arsch durch die Institutionen".

Enttäuschung ist nicht angebracht, da nichts anderes zu erwarten war. Die aktuelle Regierung trägt keine "grüne Handschrift" – weil es so etwas gar nicht gibt! Letztlich kann es keine "richtige Politik" in einem "falschen System" geben. Wer nur an den Symptomen herumdoktert (falls überhaupt) wird die Ursachen der Probleme nie lösen. Insofern haben die Grünen-Wähler*innen bekommen, was sie gewählt haben.

Impressum, Offenlegung lt. § 25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach außen durch Bundesvorsitzende Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatischer SLP | Sitz der Partei: 1200 Wien, Pappenheimgasse 2/1 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge | Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25 600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Weil der ÖGB versagt....

„**Zustimmung** zu einem degressiven Arbeitslosengeld wird es von uns nicht geben“ sagt ÖGB-Präsident Katzian. Das sind leere Worte und bei Weitem zu wenig. Wir brauchen eine Gewerkschaft, die gegen solche Drohungen Kämpfe organisiert und führt. Genauso wie für sichere Arbeitsbedingungen und einen konsequenten Fahrplan durch die Pandemie. Dass wir von den etablierten Parteien nichts er-

warten können, wissen wir schon. Da brauchen wir nicht noch einen ÖGB, der sich staatstragend gibt und gemeinsam mit Regierung und Wirtschaftskammer den „nationalen Schulterschluss“ macht. Wo ist das Recht, zuhause zu bleiben, wenn die Schulen zu sind? Wo eine Maskenpause? Wo zusätzliches Personal in Schulen und Gesundheitswesen? Wo kostenlose Masken? Wo eine saftige Lohnerhöhung im Handel?



Foto: Bwag - Wikimedia Commons

Die Regierung wackelt

Erweckte die Kurz-Regierung zu Beginn von Corona noch Vertrauen, ist dieses längst dahin. Die Maßnahmen konzentrieren

men, die nur dort konsequent sind, wo sie keine Profite einschränken, ist ein enormer Frust in der Bevölkerung entstan-

Widersprüchliche und halbherzige Maßnahmen sorgen für Unsicherheit und Frust.

sich auf Einschränkungen in unserer privaten Bewegungsfreiheit während Arbeit und der öffentlichen Weg dorthin gefährlich bleiben, da Homeoffice nur empfohlen und nicht vorgeschrieben ist und die Arbeitswelt, wo sie nicht vom Lockdown betroffen ist, unkontrolliert weiterläuft.

Durch diese Halbherzigkeit der Maßnah-

men. Schulchaos, Testchaos, Impfchaos gepaart mit „Spritzen-politiker*innen“, die sich vorschummeln, killen den letzten Rest an Vertrauen. Eine Gallup-Umfrage zeigt: Im März meinten 91%, dass die Regierung „richtig mit dem Coronavirus umgeht“. Im Dezember waren es nur mehr 49%. Daran ändern auch die 59 Werbe-Fuzzis nichts, die im Kanzleramt

Thomas Hauer

...wird der Weg frei für FPÖ & Co.

Durch ein Fehlen von Strategie und Kampfbereitschaft zur Durchsetzung von Interessen der Beschäftigten überlässt die Gewerkschaft Coronaleugner*innen und Verschwörungsmythiker*innen rund um FPÖ und Identitäre die „Opposition“ zur Regierung. Inhaltlich lesen sich deren Forderungen wie die Wunschliste von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung und ignorieren den Wunsch nach echter – sozialer und ge-



sundheitlicher – Sicherheit völlig. „Weg mit dieser Regierung“ ist richtig. Doch die Rechten wollen nur eine Regierung, die Politik für einen Teil des Kapitals macht durch eine andere, die Politik für einen anderen Teil des Kapitals macht, ersetzen. Doch sie muss durch etwas ganz anderes ersetzt werden: Echte Vertreter*innen der Arbeiter*innenklasse. Dazu brauchen wir aber auch eine ganz andere Gewerkschaft.



Freier Markt "löst" Impffrage?

Die **Infektionszahlen** bleiben seit Monaten hoch, während Österreich im internationalen Schnitt mit Impfungen

ne privat hält. Bei einem Umsatz von 2018 weltweit rund 1,2 Billionen US-Dollar liegt die Gewinnquote bei rund 25%. Trotz

und die breitere Linke greifen das Thema nicht (ausreichend) auf: Die Kritik an der Unfähigkeit der Regierung wird dem

wird weiterhin auf den freien Markt vertraut. Das Wettrennen um Impfstoffe ist vor allem ein Wettrennen um Märkte; das Land, das zuerst geimpft hat, kann als erstes wieder voll "aufsperren" und voll produzieren und hat einen Wettbewerbsvorteil. Als Sozialist*innen treten wir angeblichen "Sachzwängen" entgegen und zeigen auf, dass der ganz "normale" kapitalistische Wahnsinn verantwortlich für unzureichende, unwissenschaftliche und unterfinanzierte Corona-Maßnahmen ist und nur eine weltweite demokratisch geplante, bedürfnisorientierte Wirtschaft die Antwort auf die globale Pandemie sein kann.

Stefan Brandl

Sozialistische Antworten statt Sackgasse mit Verschwörungstheorien, Skeptizismus und freiem Markt.

weit zurück liegt. In der Sommer"pause" wurden keine funktionierenden Schritte für die absehbare 2. Welle getroffen, weswegen sich die Regierung in eine chaotische und panische Impfkampagne als letzten Ausweg flüchtet.

Staaten zahlen seit Jahrzehnten Milliarden an öffentlichen Geldern an die Pharmaindustrie, die dennoch Forschungsergebnisse wie Gewin-

staatlicher Investitionen gibt es keine Kontrolle, wie viel ein Impfstoff oder Medikament kosten und wann wieviel geliefert wird. Forschungen verlaufen parallel und Ergebnisse werden nicht effektiv (oder gar nicht) geteilt und verfügbar gemacht. Wir sehen seit Anfang Jänner vermehrt (überwiegend verschwörungsmäßig aufgeladene) Kritik an Corona-Maßnahmen und Impf"plänen". ÖGB

rechten Rand überlassen und die FPÖ versucht, davon zu profitieren. Tatsächlich agiert die Regierung nicht wegen einer Verschwörung so ineffizient, irrational und unfähig, sondern weil sie den direkten bzw. verlängerten Arm der wirtschaftlichen Interessen darstellt.

Statt eines globalen Plans für und durch die arbeitende Bevölkerung im Dialog mit Expert*innen

Die Corona-Maßnahmen sind eine Klassenfrage

Als **Sozialist*innen** stehen wir auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnis, auch in der Medizin. Wir stehen für das Recht aller, rasch kostenlosen Impfstoff in ausreichender Menge und Qualität zu erhalten. Dazu braucht es auch zusätzliches Personal für die Impfkampagne. Massentesten und Massenimpfen können nicht ohnehin überlasteten Lehrer*innen und Gesundheitspersonal zusätzlich "umgehängt" werden.

Nicht alle (wenn auch zu viele), die bei "Corona-Demos" mitmarschieren, sind Verschwörungsmythiker*innen. FPÖ & Co. muss durch klare Antworten auf teils berechtigte Sorgen das Wasser abgegraben werden. Widerstand gegen Demokratieabbau, neue Armut und Zwei-Klassen-Medizin muß von links besetzt werden: Impfdichte und -wirksamkeit sowie Corona-Maßnahmen sind und bleiben Klassenfrage!

Offenlegung von Geschäftsbüchern und Forschung von Pharmakonzernen. Ergebnisse müssen geteilt werden, Gelder müssen in der Forschung und nicht auf Privatkonten landen. Kein Platz für Profitlogik in der Wissenschaft: Unabhängig von Pandemie und Kosten die besten Impfungen und Medikamente für alle statt jahrelange Abhängigkeiten von mittelmäßigen Medikamenten, die wir privat zahlen müssen!

Der rechte Rand

Kritik an der Corona-Politik kommt am stärksten von Rechts, das zeigt sich bei den „Spaziergängen“ Anfang Jänner. 1.1 in Innsbruck: 800 Personen, geordnet wird die Demonstration von Identitären. 8.1: 1.500 versammeln sich in Vöcklabruck, ganz vorne „Österreicher“ (Identitäre) Kader Emanuel und Michael Dragomir. 9 & 10.1: Spaziergänge in Gmunden, Identitären-Chef Sellner mobilisiert. Ähnliches gilt für viele andere Demos in Österreich. Politisch laufen sie unter dem Motto der FPÖ: „Kurz muss weg“. Während die FPÖ das politische Unterrutter liefert, leiten die Identitären (unter verschiedenen Namen) die Arbeit vor Ort. Die Unfähigkeit der Kurz-Regierung liefert genug Möglichkeiten für die Rechte. Die Kritik am Lockdown wird benutzt, um stumpfe Hetze zu betreiben. Würde es der Regierung um die Toten gehen, „dann würden sich doch die Abtreibungskliniken im ganzen Land schließen lassen“ erklärt E. Dragomir. Medienwirksam spricht sich sogar Kickl scheinheilig gegen Kürzungen bei Spitäler aus. Doch hat die FPÖ zB selbst die Kassenreform umgesetzt und Hofer hat sich im Jänner 2020 gegen die „vielen“ Akutbetten ausgesprochen. Es sind nicht alle, die an den Demos teilnehmen Rechte, sie lassen sich aber benutzen für ein sexistisches, rassistisches Programm. Die Kritik auf den Demos betrifft v.a. Fragen der individuellen Freiheit, soziale Fragen (Mängel im Gesundheitsbereich, Arbeitslosigkeit,...) spielen kaum eine Rolle. Die Forderungen ähneln daher auch jenen von Wirtschaftsliberalen, Lösung für die Krise haben sie keine.

Peter Hauer

Mehr als Vernetzen: Gemeinsam Kämpfen

Vernetzung, also Kennenlernen, Austauschen usw. ist gut. Es ist wichtig mitzubekommen, dass auch Kolleg*innen aus anderen Betrieben gleiche Probleme haben. Bei „Sozial, aber nicht blöd“ geht's um mehr: Um einen gemeinsamen Kampf für Verbesserungen. Dafür braucht es eine Einigung auf Themen, Kampagnen und gemeinsame Ziele, also eine Art Programm. In demokratischen Strukturen, wie z.B. dem bundesweiten Treffen Ende Februar, wird darüber gesprochen und entschieden. So wurden z.B. beim letzten bundesweiten Treffen wichtige Anstöße für das Programm erarbeitet.

Wir wollen in Dienststellen, Betrieben, Einrichtungen und auf der Straße eine solidarische und kämpferische Opposition aufbauen. Mit Gesprächen und Verhandlungen wird es die nötigen Verbesserungen nicht geben. Kämpfe von Kolleg*innen können z.B. mit einem Protestbrief über die Missstände am Arbeitsplatz beginnen. Sie können mit Kundgebung und Betriebsversammlungen, wo die Betroffenen zu Wort kommen und Angehörige eingebunden werden, fortgesetzt werden und bis zum Streik gehen. Gerade in unserer Branche ist es wichtig, die besondere Belastung und Schlechterbehandlung

von Frauen zu sehen. Darauf braucht es gemeinsame kämpferische Antworten – etwa den gemeinsamen Kampf für gleiche Bezahlung.

Gerade nach dem letzten SWÖ-KV-Abschluss Anfang 2020 (nach Streikabbruch und hinter dem Rücken der Beschäftigten) überlegen sich viele Kolleg*innen, aus der Gewerkschaft auszutreten. Der Abschluss zeigt, dass die Spalte der Gewerkschaften die Beschäftigten nicht wirklich vertritt. Wenn es drauf ankommt, sind Treue zur Sozialpartnerschaft und eigene Privilegien wichtiger. Aber: Im ÖGB sind mehr als eine Million Menschen organisiert, die wir der abgehobenen Führung nicht überlassen dürfen und die Solidarität dieser Kolleg*innen werden wir im Kampf für echte Verbesserungen brauchen. Ein anderes Programm und eine andere Spalte sind nötig, damit die Gewerkschaften zu Kampforganisationen werden. Daher arbeiten wir teilweise eigenständig, um uns von der aktuellen Gewerkschaftspolitik nicht bremsen zu lassen, und teilweise innerhalb der Gewerkschaften, um die Interessen der Kolleg*innen und verschiedener Bewegungen in den Gewerkschaften konsequent zu vertreten.

Michael Gehmacher,
FB: Sozial aber nicht blöd



Systemrelevant!

Die Corona-Krise hat die Bedeutung des immer wichtigeren Gesundheits- und Sozialbereichs und gleichzeitig die Missachtung desselben durch die

Der Gesundheits- und Sozialbereich als eine der wichtigsten Fronten für die Arbeiter*innenbewegung.

Regierenden offenbart. Insgesamt arbeiten in Österreich über 400.000 in dem Bereich und allein in der Pflege werden bis 2030 zusätzliche 75.000 Beschäftigte benötigt. Immer mehr Menschen sind auf diese Unterstützung angewiesen: Durch steigende Lebenserwartung, höhere Arbeitslosigkeit und Armut, stei-

gende Anzahl an psychischen Erkrankungen und weil insgesamt die Situation krank macht.

Gleichzeitig versuchen Unternehmen (auch in

diesem Bereich) Kosten zu reduzieren – also Lohn- und „Lohnnebenkosten“ (also Mittel der Sozialversicherungen) zu streichen. Das steht im Widerspruch zu dem, was die Beschäftigten in dem Bereich brauchen und wollen. Dementsprechend waren auch die jungen, stark weiblichen und migran-

tischen Belegschaften im Gesundheits- und Sozial- bzw. Bildungsbe- reich international an der Spitze von vielen der beeindruckendsten und dynamischsten Arbeitskämpfe gegen konstante Angriffe – und haben dadurch auch Vorbildwirkung für die gesamte Arbeiter*innenbewe- ung. Nach Corona werden die Herrschenden ver- suchen, die Kosten für die Krise auf jene abzuwälzen, die während der Pandemie in der ersten Reihe ihre Leben riskiert haben. Deshalb wird es umso wichtiger, die steigende gesellschaftliche Relevanz der Branche für breiten Widerstand zu nutzen.

Christoph Glanninger

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

– Fat-Cat-Day: Peinlich für die Arbeiterkammer

Die Arbeiterkammer (AK) informiert uns zum „Fat-Cat-Day“ (Tag der fetten Katze): Das sei „jener Tag, an dem das jährliche Einkommen von Beschäftigten durch Vorstandsmitglieder bzw. Vorstandsvorsitzende (der 20 ATX-Unternehmen) verdient wurde.“ Bei durchschnittlich 2,2 Mio. € pro Jahr für diese gegenüber 32.892 € Medianeninkommen von unselbstständig Beschäftigten fällt der Fat-Cat-Day auf den 9.1.. Soweit so deprimierend. Doch was tun,

um diese strukturelle Ungerechtigkeit zu ändern? Jetzt wird es noch deprimierender. Die Forderungen der AK zielen nicht auf die Infragestellung des Systems ab, das diesen Wahnsinn hervorbringt. Vielmehr will die AK Dinge besser managen (lassen). Und zwar mit „Zielvereinbarungen“. Faktencheck: Dieses Konzept geht auf den Ökonomen Peter Drucker aus 1954/55 zurück. Das „Führen durch Zielvereinbarung“ drückt ein top-down-Verständ-

nis aus. Beschäftigte und die mittlere Führungsebene sollen in ihrer „Leistung optimiert“ werden. Drucker war u.a. Berater von General Motors. Weiters fordert die AK, dass der „Aufsichtsrat Höchstgrenzen für die Managementgehälter vorsehen“ soll. Ähnlich schlau wäre eine Justizreform, bei der die Anwält*innen von verurteilten Finanzbetrüger*innen die Strafe festlegen. Es gibt ein noch tiefer gehendes Problem, das für uns normal

oder schlecht verdienende Gewerkschafts-Mitglieder viel näher liegt: Laut ÖGB-Offenlegung (erstes Halbjahr 2020) cashte Wolfgang Katzian, ÖGB-Präsident (SPÖ), 7.793 € netto 14x pro Jahr ab. Das entspricht über 180.000 € brutto im Jahr. Damit liegt sein Fat-Cat-Day etwa Anfang März. Nimmt man das Medianeinkommen von Arbeiter*innen (laut Statistik Austria für 2019 21.961 € pro Jahr), wäre es sogar vor Mitte Februar. Dies trägt zur Ent-

fremdung der Gewerkschafts-Spitzen bei, lähmt die Gewerkschaften und begünstigt sozialen Verfall sowie die Zerschlagung arbeitsrechtlicher Errungenschaften. Unsere „Zielvereinbarung“: Durchschnittslohn für Gewerkschafter*innen, Umwandlung der Gewerkschaften in kämpferische und demokratische Massenorganisationen, die die nötigen Veränderungen gegen den Widerstand von Vorständen und Börse durchsetzen.



Tamponsteuersenkung – und jetzt?

Vor Kurzem hat die türkis-grüne Regierung die Senkung der Umsatzsteuer für Hygieneartikel (Tampons, Binden etc.) von 20% auf 10% beschlossen. Gera-

Steuern. Es gibt viele Länder, wo Mädchen regelmäßig die Schule auslassen, weil sie sich keine Hygieneartikel leisten können. Ein Beispiel ist Großbritannien

terrichtstage. Es zeigt sich: Nicht nur die Steuer ist das Problem, sondern, dass ein lebensnotwendiges Produkt überhaupt (so teuer) gekauft werden muss.

Wahnsinn des Kapitalismus, in welchem wir leben.

Hast du schon mitbekommen, dass Tampons billiger geworden sind? Oder doch nicht?

de die Grünen werden sich noch lange dafür selbst loben. Doch ist das wirklich ein Erfolg?

Laut STANDARD geben Frauen in Österreich fast 1.500 Euro in ihrem Leben für Hygieneartikel und Schmerzmittel (die sie in Zusammenhang mit der Regel nehmen müssen) aus, davon sind auch nach der Steuersenkung noch ca. 150.-

– da kann sich jedes zehnte Mädchen keine Hygieneartikel leisten. Eine Untersuchungen von Plan International zeigt die Auswirkungen insbesondere auf Mädchen in Entwicklungsländern: In Indien brechen 20 % der Mädchen die Schule ab, sobald ihre Periode anfängt. In Malawi verpassen 70 % von ihnen aus diesem Grund jeden Monat bis zu drei Un-

fen – und wenn die Preise nicht entsprechend gesenkt wurden, sollte die Ware beschlagnahmt und an bedürftige Frauen weitergegeben werden. Behauptet die Firma, die Kosten wären gestiegen, kann ein tiefer Blick in die Buchhaltungsunterlagen zeigen, ob/wie hier gelogen wird.

Die „Umsatzsteuer“ ist überhaupt ein Problem: Sie funktioniert unabhängig vom Einkommen oder Vermögen. Infolgedessen ist die finanzielle Belastung höher für Menschen mit niedrigem Einkommen. Solche indirekten Steuern erhöhen auch das Armutsrisiko. Das heißt: Was eine reiche Person gar nicht spürt, ist für ein anderes Mädchen nicht leistbar – sie muss deswegen die Schule verpassen! Das ist der

Christian Melt

Neue Engels-Broschüre

Zum 200. Geburtstag Friedrich Engels Ende 2020 veröffentlichte die SLP eine Broschüre. Engels legte mit Karl Marx die Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus und somit der revolutionären Arbeiter*innen-Bewegung. Er war unter anderem Autor zu Themen wie Staatstheorie, Entwicklung des Kapitalismus, Lebenssituation des Industrieproletariats, ökonomische Ursachen der Frauenunterdrückung, Militärstrategie und be-

deutende internationale Ereignisse und Entwicklungen. Neben einem Text über Engels enthält die Broschüre auch seine „Grundsätze des Kommunismus“ von 1847. Beleuchtet wird überdies sein von vielen als skandalös beschriebenes Privatleben, insbesondere die Geschichte der Burns-Schwestern, die den Arbeiter*innen-Slums der irischen Gemeinde in Manchester entstammten. Zu bestellen unter slp@slp.at zum Preis von 5 € inkl. Porto!

Volltreffer!

US-Star-Fußballerin Megan Rapinoe ist bekannt für politischen Aktivismus. Sie kritisiert zu Recht Bidens staatstragenden und dabei absurd „Aufruf zur Einheit“ (wohlgeremt mit dem rechtsextremen Lager samt Terrorist*innen) nach dem Putschversuch am 6. Jänner. Rapinoe: „Das Entfesseln eines Mobs der weißen Vorherrschaft ist nichts Neues für Amerika, wie People of Color sehr gut wissen.“ Dabei braucht es systematische Verände-

rung: „All die Aufrufe (...) können selbstverständlich nicht ohne Gerechtigkeit auskommen.“ Die demokratische Parteiführung will dagegen zum stabilen kapitalistischen Zweiparteien-System zurück, welches tatsächlich nun in Trümmern liegt. Rapinoes Unterstützung für Massenbewegungen gegen Frauenunterdrückung, Rassismus und soziale Veränderungen findet starken Widerhall unter Jugendlichen und v.a. jungen Frauen

bizzarro

Was passt bei der Überschrift „Fußballer in Saudi Arabien wegen Gotteslästerung gesperrt“ nicht? Es muss heißen „in Italien“! Fundamentalismus gibt es genauso „bei uns“; schon sehr lange und noch immer. Bryan Cristante vom AS Roma wurde vom Liggericht wegen „blasphemischer“ Äußerung in der 23. Minute für ein Spiel gesperrt. Bei rassistischen Beleidigungen sind italienische Sportgerichte meist nicht so engagiert!

SLP-Konferenz: Mutig in neue Zeiten

Am 12. und 13.12 fand die SLP-Bundeskonferenz statt – online, was Dynamik und Qualität aber nicht schadete. Zwei Tage diskutierten wir Perspektiven für 2021, welche Chancen und Risiken sich ergeben und wie wir die Arbeiter*innenbewegung und die Sektionen der ISA (Internationale Sozialistische Alternative; Internationale der SLP) aufbauen und auf die kommenden Herausforderungen vorbereiten. Internationale Gäste wie Anja aus dem Internationalen Frauenbüro und Rob aus der Internationalen Exekutive der ISA sorgten genauso wie Genoss*innen aus Österreich mit lebendigen Berichten, produktiven Wortwechseln und viel (Zeit-) Disziplin dafür, dass trotz des Online-Formats eine motivierende Konferenz stattfand.

Den Anfang machten internationale Perspektiven, deren Auswirkungen und ein beeindruckender Rückbericht zur Arbeit der verschiedenen Sektionen der ISA sowie der Internationale als solche. Es folgte eine Diskussion zu Österreichischen Perspektiven (ganzes Dokument auf slp.at). Die gute Vorbereitung machte sich bezahlt und spiegelte sich auch in den Beschlüssen und Dokumenten wider. Darunter etwa ein Leitfaden zum Umgang mit Se-

xismus und Diskriminierung auch in der Organisation – wissend, dass auch eine sozialistische Organisation nicht im luftleeren Raum existiert. Wir haben hier Grundlagen und Mechanismen für den Umgang miteinander bzw. mit Übergriffen festgehalten aber v.a. auch die Notwendigkeit von Schulung und Ausbildung.

Angesichts von Corona- und Wirtschaftskrise war klar: Die kommende Periode wird von wachsender Wut geprägt sein. Kolleg*innen im Sozial- und Gesundheitsbereich, die bereits an vorderster Front von Streiks standen, haben durch die Pandemie zurecht an (Selbst-) Bewusstsein zugelegt. Auch Frauen und Jugend weltweit wollen ihre Rechte und Zukunft nicht mehr für Profite opfern, was sich immer wieder in explosiven Pro-

testen ausdrückt – welche nicht nur die Herrschenden herausfordern, sondern einen politischen Flächenbrand auslösen können. Wir wollen dies nutzen, um mit dem richtigen Programm, einer mutigen Methode und gut vorbereiteten Mitgliedern nicht nur an Bedeutung zu gewinnen, sondern den Unterschied machen zu können, um das kapitalistische Chaos zu beenden. Join now!

Moritz Bauer

Kraft tanken für stürmische Zeiten beim SLP-Sommercamp!



Das **SLP-Sommercamp** 2021 wird vom 22.-29. August im Kinderland Feriendorf Turnersee in Kärnten stattfinden! Auf euch wartet die perfekte Mischung aus Urlaub und politischen Diskussionen, z.B. zu 150 Jahre Pariser Kommune, Massenbewegungen um Abtreibungsrechte, von den Black Panthers zu #BLM und vieles mehr – genau das, was inmitten dieser globalen Krise notwendig ist. Das Camp ist auch DIE Gelegenheit, um

Sozialist*innen aus verschiedenen Ländern kennenzulernen und Sonne, Erholung und See zu genießen. Je nach Impf- und Corona-Entwicklung wird es ein Hygienekonzept geben, damit jede*r unbesorgt teilnehmen kann! Der Preis liegt für eine ganze Woche inklusive Versorgung bei 195€ und für Menschen mit geringerem Einkommen 165€, Kinder sind willkommen.

Anmeldung und weitere Infos über slp@slp.at



Proteste gegen UG-Novelle

Am **Dienstag**, den 12.1. gab es einen österreichweiten Aktionstag gegen die neue UG (Uni-

berichtet davon, dass die Prüfungen immer nach hinten verschoben werden, weil es technische

Versammlungen, Kampfschritte besprochen und demokratisch entschieden werden.

Die SLP ist solidarisch und schlägt vor, dass die Uni-Proteste mit anderen zusammengeführt werden.

versitätsgesetz) Novelle. Aktivist*innen der SLP waren bei den Protesten in Wien, Graz, Salzburg und Linz dabei. Studierende in Linz berichteten von Schwierigkeiten bei den Prüfungen während der Pandemie. Einige Lehrende wollen Prüfungen in Präsenz abhalten und das bedeutet, dass Studierende, die sich diesem Risiko nicht aussetzen wollen/können, nicht antreten können. Ein Studierender

Probleme gibt. Die SLP fordert deshalb ein Aussetzen der Prüfungen bis zum Ende der Pandemie.

In **unserem** Flyer machen wir klar: Es braucht freie Bildung für alle, die Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen, Aussetzung der Prüfungen aufgrund der Corona-Zeit, Milliarden für Schulen, Universitäten und das gesamte Bildungssystem. Außerdem sollten in Corona-sicheren

In den Gesprächen auf den Demos schlugen wir u.a. vor: Auch Lehrende und Uni-Beschäftigte arbeiten zum Teil unter prekären Bedingungen. Solidarität ist unsere Waffe: Gemeinsam kämpfen mit Schüler*innen, Lehrenden und Uni-Beschäftigten und Schulterschluss zu anderen, die von den Corona-Maßnahmen betroffen sind: Im Gesundheits- und Sozialbereich, Arbeitslose und andere.

Katja

Andere über uns



Die **New York Times** berichtet über den Terroristen Franco A., der 2017 nach Wien zum rechtsextremen Akademikerball flog. Beim Versuch, eine Pistole auszuheben, wurde er gefasst. Ein Bild zeigt die Demonstration von 2018 mit Transparenten, Fahnen und Schildern der SLP. Die NYT schreibt: „Eine Theorie war, dass Franco A. geplant hatte, in dieser Nacht jemanden zu erschießen, während er vorgab, ein Linker zu sein.“

VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Foto: BMF - Wikimedia Commons

Pleitewelle ist keine Naturkatastrophe

In Filmen, Serien und als Verkleidung sind Zombies ja schon lange hip. Mit Corona haben „Zombie-Firmen“ die Wirtschaftsnachrichten erreicht. Gemeint sind Betriebe, die nur dank der staatlichen Hilfe vor dem Bankrott künstlich am Leben gehalten werden. Dass so viele Betriebe schon vorher am Rande des Abgrundes standen, ist ein Indiz dafür, dass eine neuerliche Wirtschaftskrise auch ohne Corona nur mehr eine Frage der Zeit war. Krisen gehören zum Kapitalismus wie das Amen im Gebet.

Aktionär*innen und den Besitzer*innen zu Gute und nicht, wie die Regierungs-Propaganda uns glauben machen möchte, den (noch) Beschäftigten. Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Zombies - und noch viele mehr, die heute als „gesund“ gelten - 2021/22 Pleite gehen werden. Andere Firmen werden übernommen und/oder saniert werden. Der für Krisen „normale“ Konzentrationsprozess inklusive „Effizienzsteigerung“ hat bereits 2020 begonnen. Effizienzsteigerung bedeutet Stel-

2020 gab es bereits eine Reihe von Pleiten (Kremm Müller, Palfinger, Vapiano, Huber, um nur einige zu nennen) und unzählige Fälle von Stellenabbau (MAN, Eurest, Doppelmayr, Mayer-Melnhof, Sacher, Swarovski sind hier nur eine Auswahl der bekannteren) - darunter auch Firmen mit staatlicher Beteiligung wie die Casinos Austria. Trotz Kurzarbeit explodiert die Arbeitslosigkeit. Beschäftigte werden brutal gekündigt und Kranke einfach „gesund“ geschrieben. Der Krankenkasse fehlen

beralismus wie Kanzler Kurz und Finanzminister Blümel haben kein Problem mit milliarden schweren Hilfen für „die Wirtschaft“. Beim näheren Hinsehen wird aber deutlich: Der bürgerliche Staat tut, was er immer tut, nämlich die für das Kapital nötigen Rahmenbedingungen setzen, schaffen, stabilisieren. Um die Beschäftigten geht es dabei nicht, sie werden höchstens als potentieller Unruheherd ruhig gehalten und als notwendige Konsument*innen nicht völlig auf dem finanziellen Trocken ge lassen. Der neue „starke Staat“ dient zur Stabilisierung des herrschenden Systems. Wenn Gewerkschafter*innen und „Linke“ glauben, dass eine „Rückkehr“ zu einer starken verstaatlichten Industrie mit besseren Jobs und zu einem starken Sozialstaat bevorsteht oder auch nur eine Möglichkeit wäre, dann ist das bloße Illusion. Abkehr von neoliberalen Dogmen bedeutet kein Zurück in die 1970er Jahre! Der neue „starke Staat“ geht viel eher einher mit härterem Durchgreifen, also mit anti-demokratischen Elementen. Z.B. gegen Wider-

stand von unten, also z.B. gegen Proteste aus der Arbeiter*innenklasse, von Jugendlichen oder auch bei antirassistischen Protesten (z.B. mithilfe der „Corona-Karte“). Aber auch ein stärkeres staatliches Durchgreifen gegen Teile des Kapitals ist nicht auszuschließen, um das Gesamtsystem zu stützen (z.B. wenn „der Markt“ bei Impfstoffproduktion bzw. -verteilung versagt).

Als Sozialist*innen sehen wir nicht nur die eine oder andere Maßnahme isoliert, sondern versuchen, das große Ganze zu sehen und immer zu fragen: Wem nützt bzw. schadet was. Das gilt insbesondere bei den wirtschaftlichen und demokratischen Maßnahmen, die die Herrschenden in den kommenden Monaten und Jahren setzen werden. Sie alle dienen einem Zweck: Das kapitalistische System zu erhalten. Für die Arbeiter*innenbewegung und die Linke ist die Aufgabe eine andere: Dieses System mit all seinen furchtbaren Auswüchsen wie Armut, Krieg und Klimakatastrophe zu beenden.

Sonja Grusch

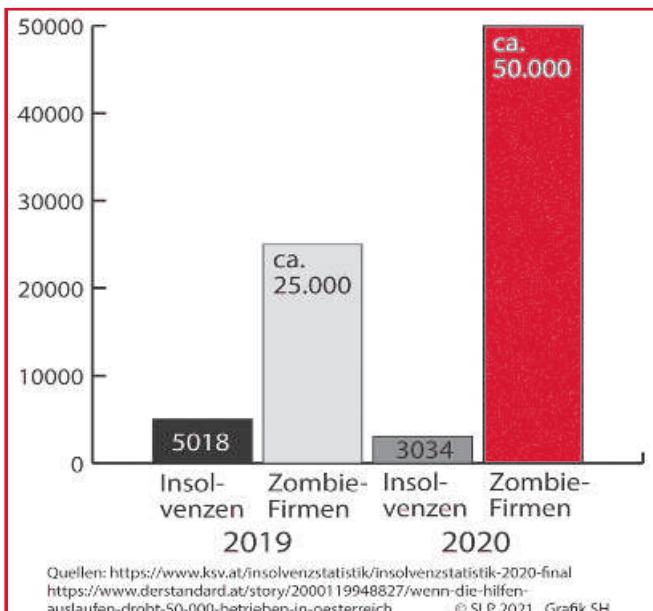
Die Wirtschaftskrise steht erst am Anfang - und die Arbeiter*innenklasse soll (wieder) zahlen.

Aktuell wird geschätzt, dass rund 10% aller heimischen Unternehmen, das sind ca. 50.000, solche Zombie-Firmen sind. Mit dem Ziel der Beruhigung tut die Regierung so, als wäre hier noch viel zu retten, „ehrliche“ Wirtschaftsliberale beklagen hingegen, dass so Betriebe künstlich am Leben gehalten werden. Die umfangreiche staatliche Hilfe kommt v.a. dem Management, den

lenabbau ebenso wie Outsourcen, Leiharbeit, Intensivierung der Arbeit etc. Also unterm Strich Maßnahmen, die den Arbeitsdruck erhöhen und die Kosten für das Unternehmen reduzieren - auf Kosten der übrig gebliebenen Beschäftigten. Die übrigen, dann modernisierten, Betriebe wirtschaften mit noch weniger Beschäftigten und legen auch damit den Stein für die nächste Krise.

die Beiträge der Firmen - viele wurden gestundet und werden als uneinbringbar abgeschrieben werden. Die wenigen Manager*innen sind auch nur zu einer symbolischen Senkung ihrer Boni bereit - wo doch inzwischen sonnenklar ist, wer wirklich „systemrelevant“ ist.

Der Staat greift beherzt in die Wirtschaft ein und selbst Jünger des Neoli-



Vater Staat als Retter in der Not?

Wirtschaftspolitik – Was ist eigentlich was?

► **Etatismus:** "Die Einmischung des Staates auf der Grundlage des Privateigentums mit dem Ziel, es zu retten." (Leo Trotzki)

► **Große Depression:** Weltwirtschaftskrise 1929–41

► **Große Rezession:** Weltwirtschaftskrise 2007–2013

► **Keynesianismus:** Der Ökonom Keynes argumentierte in den 1930ern, dass der Staat "antizyklisch" in den Markt eingreifen sollte: Das bedeutet etwa Rettungspakete in Krisenzeiten, um die Nachfrage anzuregen. Während einzelne Aspekte des Keynesianismus unmittelbare Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiter*innen bedeuten können, ist das Konzept keineswegs links: Es geht immer darum, das System als Ganzes zu stabilisieren. Dazu sind dem Keynesianismus auch autoritäre Regierungsformen, Krieg, Zwangsarbeit usw. recht. In der Nachkriegsära war der Keynesianismus die vorherrschende Wirtschaftspolitik. Doch dieser "strukturelle Keynesianismus" brach aufgrund seiner inneren Widersprüche 1973 mit der Ölkrise und dem Bretton Woods-Systems zusammen.

► **Laissez-faire:** Eine Wirtschaftspolitik, wo

sich der Staat so wenig wie möglich einmischt

► **Monetarismus:** Wirtschaftspolitik, bei der der Staat v.a. über Regulierung der Geldmenge eingreift. In der Praxis der Vorläufer zum Neoliberalismus.

► **Neoliberalismus:** Als Reaktion auf das Scheitern des Keynesianismus wurden die Ideen liberaler Ökonom*innen – insbesondere der Österreicher Hayek und Mises – aus der Mottenkiste geholt. "Liberal" hat hier nicht die positive, fortschrittliche Bedeutung, mit der das Wort ansonsten verbunden wird. Die "Freiheit" des (Neo-)Liberalismus ist die Freiheit des Kapitals. Um die Profitabilität wiederherzustellen, wurden ab den 1970ern dem privaten Kapital Bereiche eröffnet, die bisher staatliche Monopole waren: Es kam zu weitreichenden Privatisierungen im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem sowie der Industrie. Gleichzeitig wurde die Finanzosphäre dereguliert und aufgeblasen, um trotz stagnierender Löhne durch Kredite die Nachfrage zu stimulieren. Diese Doktrin herrschte bis 2008 vor, als ihre inneren Widersprüche in Form der Weltwirtschaftskrise ausbrachen.

► **Austerität:** strenge Sparpolitik des Staates

„Die Neoliberalen“ haben ja jetzt wie nach der Finanzkrise wieder Sendepause.“ verkündete der Grüne Vizekanzler Kogler stolz im Jänner gegenüber dem ORF. Die Devise des Staates in der Krise sei: „Retten, dann überbrücken und vor allem raus-

litik in Corona-Zeiten viel besser als Kogler.

Diese Politik ist nicht neu: Das „Revival des starken Staates“ analysierte „Vorwärts“ bereits vor einem Jahr (siehe „Vorwärts“-Schwerpunkt Nr.283). Es ist ein zentrales Merkmal der Auste-

soll nicht nur Jobs retten – vor allem soll sie Profite sichern. Denn der Staat übernimmt die Kosten der ausfallenen Stunden. Ursprünglich als kurzfristige Maßnahme gedacht, wird die Kurzarbeit (in verschiedenen Formen) zu einer längerfristigen Maßnahme. Ebenso verhält es sich mit dem Umsatzersatz, bei dem der Staat den Unternehmen, die von Lockdowns betroffen sind, einen Teil des ausfallenen Umsatzes zahlt. Bereits jetzt häufen sich die Stimmen von Seiten des großen Kapitals, sie zu beenden. Die großen Fische sehen es nicht gern, wenn die kleinen gefüttert und künstlich am Leben gehalten werden: Es sei Zeit für das große Fressen. Denn ein Ende dieser Maßnahmen würde bedeuten, dass unprofitable Unternehmen untergehen oder aufgekauft werden. Früher oder später wird dies passieren. Denn die aktuellen Maßnahmen sind extrem teuer und lassen die Staatsverschuldung explodieren. Dieser Riss zwischen Groß- und Kleinbürgertum wird politische Konsequenzen haben: ÖVP und Grüne werden ihre Basis im Kleinbürgertum enttäuschen. FPÖ, Strache und andere Rechtsextreme stehen bereits mit weit offenen Armen da. Ihre starke Präsenz auf den Demos der Corona-Leugner*innen und Skeptiker*innen ist Ausdruck der gefährlichen Dynamik, die sich im existenzgefährdeten Kleinbürgertum breitmacht.

Das Comeback des starken Staates ist keineswegs Anlass zur Hoffnung auf einen sozialeren Kapitalismus.

investieren“. Zweifelsohne sehen wir aktuell eine Stärkung der Rolle des Staates in allen Gesellschaftsbereichen. Doch der neue starke Staat ist nicht der Retter vor dem Neoliberalismus. Im Gegenteil: Der Staat greift ein, um genau die wirtschaftliche Landschaft zu retten, die der Neoliberalismus geformt hat.

Die Äußerungen von ÖVP-Finanzminister Gernot Blümel sind also keineswegs verwunderlich: „Wenn jetzt einer sagt, endlich hat die ÖVP den Keynes entdeckt“, so Blümel bei seiner Budgetrede für 2021, dann antworte er: „Natürlich hat Keynes recht, aber nur kurzfristig. Langfristig hat natürlich Hayek recht“. Sozialdemokratische Blogs wie „Kontrast“ oder „Moment“ schäumten darüber, dass Blümel ihren Liebling Keynes nun mit dem Paten des Neoliberalismus Hayek versöhnen wollte. Doch tatsächlich trifft Blümel den Charakter der herrschenden Wirtschaftspo-

ritätspolitik, die seit der Krise 2008 herrscht, dass der Kapitalismus einen auf allen Ebenen gestärkten Staat benötigt, um die privaten Profite abzusichern. Doch die durch Corona ausgelöste Krise hat diesen Prozess enorm verstärkt.

Erstens in der Wirtschaftspolitik, um die niedrigen Profite durch Subventionen aufzufetten bzw. zu retten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Investitionsprämie, mit welcher der Staat bis zu 14% der Investitionskosten von Unternehmen trägt – die Profite dieser Investitionen gehen natürlich in private Taschen. Kein Wunder, dass die Industriellenvereinigung fordert, dass diese Maßnahme nicht wie geplant im März auslaufen, sondern permanent gemacht werden soll. Mindestens 61 Milliarden nimmt der österreichische Staat in der Corona-Krise unmittelbar in die Hand – und wöchentlich werden es mehr. Mit diesem Geld finanziert der Staat z.B. die Kurzarbeit. Diese Maßnahme



John Maynard Keynes (1883 - 1946)

Damit ist auch die zweite Ebene angesprochen, auf welcher der Staat Muskeln zeigt: Die Innenpolitik. Politische Stabilität ist das höchste Gut für das Kapital im Allgemeinen. Nur in einem "regierbaren" Land sind die Profite sicher. Die Einschränkungen des Versammlungsrechts, die der Staat gerade vor allem an den "wild gewordenen Kleinbür-

ten am Anfang der Pandemiebekämpfung noch unschuldig. Bereits im Sommer zeigte jedoch die Hetze gegen die "Heimkehrer", wohin die Reise geht. Migrant*innen eignen sich als Virus-Sündenböcke besonders gut. Mit zunehmender politischer Instabilität wird nicht nur der rassistische Aspekt des Nationalismus stärker werden - die

die Konflikte um die Verteilung von Marktanteilen, z.B. in Form von Handelskriegen und Blockbildung. Österreich ist Teil des EU-Blocks, der sich verstärkt gegen Russland, China und die USA positioniert. Dieser Block ist jedoch selbst brüchig, wie die aktuelle Machtlosigkeit der EU-Institutionen angesichts nationaler Alleingänge zeigt. Der österreichische Staat manövriert innerhalb eines Widerspruchs: Einerseits ist da die Notwendigkeit, als kleines exportabhängiges Land Teil eines größeren Machtblocks mit sicheren Absatzmärkten zu sein. Andererseits wird ständig versucht, unmittelbare Wettbewerbsvorteile für bestimmte Kapitalfraktionen auf Kosten anderer Staaten herauszuholen - man denke etwa an die Öffnungen im Tourismus oder die "Kaufhaus Österreich"-Kampagne.

Drittens ist da die Außenpolitik. Der Staat hat die Aufgabe, im weltpolitischen Hauen und Stechen für die nationalen Unternehmen die besten Marktbedingungen rauszuholen. Gerade hier ist die "alle in einem Boot"-Propaganda besonders wichtig, denn auf dem Ozean des Weltmarktes geht es in der Krise besonders stürmisch zu. Die Devise ist: die eigenen Schäfchen ins Trockene bringen. Bereits seit der Krise 2008 geht der Welt Handel im Vergleich zur Weltwirtschaftsleistung zurück. Die Globalisierung ist zwar nicht rückgängig zu machen, aber an die Stelle der Ideologie vom weltweiten Freihandel, von dem alle profitieren würden, treten nun

Die Ziele der Herrschenden sind die Sicherung der Profite und die Stabilität des Systems.

gern" (Lenin) auf den Anti-Corona-Demos einübt, werden in verstärktem Maße gegen echten Widerstand seitens Beschäftigter gegen Kürzungen und Betriebsschließungen eingesetzt werden. Bereits vorausseilend werden vor allem jene die "schlagende Hand" des Staates spüren, denen es schwer fällt, sich zu wehren. Die konsequente Weigerung der Regierung, das Arbeitslosengeld zu erhöhen - genauso wie das krampfhaft Fortsetzen von AMS-Kursen in Präsenz - ist ein Hinweis auf die verstärkte Repression, der Arbeitslose ausgesetzt sein werden. Zwangsarbeitsähnliche Maßnahmen, etwa in Verbindung mit Infrastrukturprojekten, sind durchaus im Bereich des Möglichen. Der ideologische Ausdruck dieser Entwicklungen wird eine massive Stärkung des Nationalismus sein. Appelle an den "Zusammenhalt" wirk-

Repression wird all jene treffen, die durch ihren Kampf für soziale Verbesserungen die Profite bedrohen und damit zeigen, dass wir nicht "alle in einem Boot" sitzen.

Inmitten der letzten Krise vergleichbaren Ausmaßes beschrieb der russische Revolutionär Leo Trotzki Mitte der 1930er Jahre die Politik des "starken Staats" als „Etatismus“, als „Einmischung des Staates auf der Grundlage des Privateigentums mit dem Ziel, es zu retten. Welches die Regierungsprogramme auch sein mögen, der Etatismus führt unweigerlich dazu, die Verluste des faulenden Systems von den Schultern der Starken auf die der Schwachen abzuwälzen.“ - Welche Beschreibung könnte heute zutreffender sein?

Sebastian Kugler



Marx aktuell

Kann man durch beschränkte Reformen innerhalb des Kapitalismus zum Sozialismus kommen? Mit dem 1. Weltkrieg und danach wurde allzu deutlich, dass die furchterliche Rolle der meisten Partei- und Gewerkschafts-Führungen mit dieser Fragestellung verbunden war. Dies ist Startpunkt für Trotzkis unvollendete Abhandlung „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ von 1940.

„Der Monopolkapitalismus fußt (...) auf zentralisiertem Kommando. Die kapitalistischen Cliquen an der Spitze ... sehen das Wirtschaftsleben von ganz denselben Höhen wie die Staatsgewalt und benötigen bei jedem Schritt deren Mitarbeit. Ihrerseits finden sich die Gewerkschaften in den wichtigsten Zweigen der Industrie der Möglichkeit beraubt, die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Unternehmen auszunützen. Sie haben einem zent-

Reformismus führt zum Verwachsen mit der Staatsgewalt

ralisierten, eng mit der Staatsgewalt verbundenen kapitalistischen Widersacher zu begegnen. Für die Gewerkschaften - soweit sie auf reformistischem Boden bleiben, das heißt soweit sie sich dem Privateigentum anpassen - entspringt hieraus die Notwendigkeit, sich auch dem kapitalistischen Staate anzupassen (...). Die Gewerkschaftsbürokratie sieht ihre Hauptaufgabe darin, den Staat aus der Umklammerung des Kapitalismus zu 'befreien' (...) und ihn auf ihre Seite zu ziehen. Diese Einstellung entspricht vollkommen der sozialen Lage der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie, die beide um einen Abfallbrocken aus den Überprofilen des imperialistischen Kapitalismus kämpfen. Die Gewerkschaftsbürokraten leisten in Wort und Tat ihr Bestes, um dem „demokratischen“ Staat zu beweisen, wie verlässlich und unentbehrlich sie im Frieden und besonders im Kriege sind.“ Was für eine hervorragende Beschreibung des staatstragenden und dabei zahnlosen ÖGB!

Die internationalen Verflechtungen und imperialistischen Abhängigkeiten, dominieren den zweiten Teil von Trotzkis Text: „Soweit der imperialistische Kapitalismus in den Kolonien und Halbkolonien eine Schicht der Arbeiteraristokratie und Arbeiterbürokratie erzeugt, benötigt diese die Unterstützung kolonialer und halbkolonialer Regierungen: als Beschützer, Herren und manchmal als Schiedsrichter. (...) Dies ist in gleicher Weise die Ursache für die Abhängigkeit der reformistischen Gewerkschaften vom Staat.“

Warum treten wir bei Vorliegen dieser systematischen Hindernisse dennoch dafür ein, in- und außerhalb all dieser Gewerkschaften für ihre Veränderung zu kämpfen? Trotzki überzeugt mit diesem Argument: „Wir können weder das Feld, noch die Bedingungen für unsere Arbeit nach unseren Wünschen wählen.“ Die Gewerkschaften spiegeln nur „den Wechsel im Schicksal der kapitalistischen Staaten wider(...)\". Dementsprechend ist das Ziel von kämpferischen & demokratischen Gewerkschaften nur zu erreichen, wenn man bewusste Gewerkschaftspolitik betreibt bzw. diese zulässt und sich nicht auf Lohnverhandlungen beschränkt.

Franz Neuhold

Zum Weiterlesen

Leo Trotzki:

„Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ - auf www.slp.at



Über den Tellerrand schauen

Der „freie Markt“ zeigt deutlich wie selten zuvor: Er funktioniert nicht. Die Aussichten auf ein gutes Leben bröckeln selbst für hochqualifizierte Beschäftigte in den Industriestaaten. Eine Diskussion über Alternativen zu Kürzungen, Krisen und Kapitalismus ist in der Arbeiter*innenbewegung nötig.

Der ÖGB sagt dazu wenig Neues, er bleibt bei seiner keynesianischen Linie: Löhne und (wegen hoher

mehr, Betriebe wandern ab, schließen – höhere Lohnkosten würden dieses Problem noch verschärfen.

Im Konkreten akzeptiert der ÖGB diese kapitalistischen Mechanismen. Doch um die Abwärtsspirale zu stoppen, sind gemeinsame länderübergreifende Kämpfe gegen schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen nötig. Stattdessen nehmen die Gewerkschaften Stellenstreichungen aus Angst vor Be-

fen, rückt der ÖGB noch näher an die Regierung.

Im Kampf für Verbesserungen ist für uns nicht zentral, welche Auswirkungen unsere Forderungen auf den Kapitalismus haben, sondern welche Auswirkungen dieser auf die Arbeiter*innenklasse hat. Beispiel Arbeitslosengeld: Arbeitslos sein heißt, von der Klasse isoliert sein, das Gefühl zu bekommen, nicht gebraucht zu werden. Hohe Arbeitslosig-

ein Punkt erreicht, an dem wir Eigentumsverhältnisse in Frage stellen müssen. Der ÖGB kommt auf diese Idee nicht einmal bei Betrieben die, wie MAN in Steyr, 30 Jahre nach der Privatisierung vor einer Standortverlegung zur Profitmaximierung stehen.

Dabei gibt es viele Beispiele für Belegschaften, die streiken, ihren Betrieb besetzen, den Abtransport von Maschinen verhindern, eine Verstaatlichung fordern und/oder den Betrieb unter eigener Kontrolle weiterführen. Oft sind das Betriebe, die niedergewirtschaftet und von ihren Besitzer*innen zurückgelassen wurden.

Solche Beispiele zeigen, dass Beschäftigte die Produktion demokratisch selbst organisieren können. Doch als Inseln im kapitalistischen Meer haben sie wenig Spielraum. Es fehlt Grundkapital, weil Banken keinen Kredit geben. Es gibt Beispiele, wo Genossenschaften unter dem Druck der Marktkonkurrenz die eigenen Löhne gekürzt, Stellen abgebaut oder neue Kolleg*innen zu schlechteren Bedingungen und ohne Mitspracherecht eingestellt haben. Um im Kapitalismus überleben zu können, sind sie gezwungen, die Methoden des Kapitals anzuwenden. Selbst wenn es gelingt, die Produktion aufrecht-

zu erhalten, geraten sie in Konflikt mit dem kapitalistischen Staat: Sie stellen die Existenzberechtigung parasitärer Unternehmensleitungen in Frage und enden oft durch Polizeieinsatz oder Gerichtsbeschluss.

Die Kolleg*innen von Inveval in Venezuela gingen das Problem offensiv an. Nach ihrer Betriebsbesetzung forderten sie eine Verstaatlichung bei demokratischer Organisation der Produktion durch die Arbeiter*innen; eine Verstaatlichung und Wiedereröffnung der Gießerei, die sie zuvor mit Rohmaterial versorgt hatte; und staatliche Produktionsaufträge durch die venezolanische Öl-Gesellschaft – also die Einbettung des eigenen Betriebes in eine verstaatlichte Industrie unter Arbeiter*innenkontrolle zur Rettung des Betriebes. Eine Umsetzung und Ausweitung dieses Programms wäre Kern einer demokratisch geplanten Wirtschaft.

Dass der Betrieb selbst unter Chavez' reformistischem Regime mittels Staatsbürokratie sabotiert wurde, um die Wiederaufnahme der Produktion zu verhindern und die Beschäftigten zu demoralisieren, zeigt: Die Arbeiter*innenbewegung braucht eine Führung, die bereit ist, mit dem Kapitalismus zu brechen.

Flo Klabacher

Wer in der Logik des Kapitalismus denkt, bleibt in dieser gefangen.

Arbeitslosigkeit jetzt prominenter) Arbeitslosengeld erhöhen; Arbeitszeit verkürzen; Reichtum besteuern; in Infrastrukturprojekte investieren, um Jobs zu schaffen. All diese Forderungen sind gut und wichtig. Nur glaubt der ÖGB, mittels Kaufkraftsteigerung die Krise zu lösen. Abgesehen vom Schweigen dazu, WIE diese Forderungen umgesetzt werden können: Eine Kaufkraftsteigerung hilft – zum Beispiel – Betrieben, die Industriemaschinen für den Export produzieren (ca. 15% des BIP in Österreich) nichts. Aber die Konkurrenz steigt, die Profite sinken. Viele Werke rentieren sich schon jetzt nicht

triebsschließungen (FACC Ried) und selbst Betriebschließungen (MAN Steyr) kampflos hin und tragen die nationalistische Logik der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Österreich mit.

Die Abkehr von neoliberalen Dogmen seit Krisenbeginn machen der Regierung eine „sozialpartner*innenschaftliche“ pseudo-Einbindung der ÖGB-Führung leicht. Die trägt die Regierungspolitik mit und verzichtet weitgehend auf Kritik. Bewegungen der Arbeiter*innenklasse werden bürokratisch abgewürgt (wie die Streiks im Sozialbereich). Statt die verheerenden Krisenfolgen wirklich zu bekämp-

fen bedeutet für Beschäftigte leichte Ersetzbarkeit, also großen Druck, Verschlechterungen zu akzeptieren. All das schwächt die Kampfposition der Arbeiter*innenklasse. Höheres, unbefristetes Arbeitslosengeld ist eine nötige Sofortmaßnahme, um eine existenzbedrohende Situation zu lindern – aber nicht genug. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen löst das Problem nicht. Stattdessen braucht es eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn!

In einer Krisensituation sind intensive Kämpfe nötig, um den Lebensstandard der Arbeiter*innenklasse zu verteidigen. Schnell ist

Jugendproteste – More Than History

2011 Spanien: „Jugend ohne Zukunft: Ohne Wohnung. Ohne Arbeit. Ohne Rente. Ohne Angst“. 2011 Britanniens: „Wenn der Kapitalismus sich keine Zukunft für die Jugend leisten kann, dann können wir uns dieses System nicht leisten!“ 2019 weltweit: „System Change not Climate Change!“ Das sind nur einige Slogans der letzten 10 Jahre, die uns aufzeigen wohin die Reise der Jugend geht. Jugendliche weltweit organisieren und radikalisieren sich zu den unterschiedlichsten Themen. Dabei stehen oft junge Frauen an vorderster Front. Diese Bewegungen haben viele Parallelen, eine davon ist das Fehlen von revolutionären Jugendstrukturen und kämpferischen Gewerkschaften.

Wertvolle Lehren können aus der Geschichte gezogen werden. So als in Britanniens der Jarrow March 2011 organisiert wurde. Vorbild war ein Marsch, den 200 Arbeiter*innen 1936 antraten, um gegen Massenarbeitslosigkeit zu protestieren. 2011 machten sich hunderte Jugendliche auf den gleichen Weg nach London, um gegen Jugendarbeitslosigkeit, Studiengebühren und Wohnungsnot ein Zeichen zu setzen. Auf dem Weg begleitete sie eine Welle der Solidarität aus der arbeitenden

Bevölkerung und den Gewerkschaften, die einen Generalstreik im öffentlichen Dienst für nach dem Marsch organisierten. Dieser Zusammenschluss von Lernenden, jungen und älteren Arbeitslosen und Beschäftigten war ein wichtiger Schritt, um Druck auf Politik und Bosse ausüben zu können.

Mitten im 1. Weltkrieg ist es Karl Liebknecht gelungen, ein Internationales Jugendsekretariat zu gründen, um den Kampf der proletarischen Jugend weltweit auf eigene, unabhängige Beine zu stellen. Diese Jugendstrukturen haben es erst möglich gemacht, die internationale Arbeiter*innenbewegung gezielt und gewaltig zu unterstützen. „Wo immer sich der revolutionäre Kampfgeist des deutschen Proletariats regte (...) allenthalben stand die freie Jugend mit an der Spitze oder eilte den Erwachsenen voran“ schreibt Liebknecht im November 1918 unmittelbar nach den revolutionären Ereignissen in Deutschland und Österreich.

Aktuell erlangt eine ganze Generation durch die international orientierten Proteste ein politisches (Selbst-)Bewusstsein, das sich durch die bevorstehenden Bewegungen noch weiter entwickeln wird.

Margarita Wolf



Regierung pfeift auf Jugend

Die Zahlen sind eindeutig: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt hierzulande bei über 10%, insgesamt sind

Dass die Regierung außer leerer Ankündigungen wenig tut, wird immer offensichtlicher.

**Schöne Worte, keine Taten:
Das ist die Regierungspolitik
für Jugendliche.**

wohl rund 100.000 unter 25jährige betroffen. 80% der 14-18jährigen haben Angst, den Job zu verlieren oder erst gar keinen zu bekommen. Bei „Rat-auf-Draht“ melden sich durchschnittlich 3 Kinder oder Jugendliche pro Tag mit Selbstmordgedanken, Tendenz steigend. Die Krise macht Angst, die Zukunft scheint düster.

Möglichkeiten und auch das dafür nötige Geld gäbe es, das zeigen die milliardenschweren Hilfspakete. Zusätzliche Ausbildungsplätze bei Bund und Ländern? Fehlanzeige! Streichung von Pflichtpraktika, die unter Corona nicht möglich sind? Undenkbar! Aufstockung der Psychotherapie auf Krankenschein? Kein Geld! Ar-

beitslosengeld auch für Jugendliche, die zu geringe Versicherungszeiten haben? No Chance! Die Ideen des neuen Arbeitsministers Kocher sind geradezu absurd: Das Pensionsantrittsalter soll weiter angehoben werden. In Zeiten, wo es weniger Jobs gibt, sollen Menschen länger arbeiten – so werden noch mehr Arbeitslose produziert. Die Gewerkschaftsjugend hat im Frühjahr 2020 das Thema zwar aufgegriffen, aber außer ein paar Forderungen zu formulieren seitdem nichts dazu gemacht – wie der gesamte ÖGB. Es wird Widerstand geben – brav wie die ÖGJ wird und kann er nicht sein!

“Weil der Kapitalismus das Grundproblem ist”

Seit ich 16 war, stand „Das Kapital“ auf meiner Lese- liste. Nach Abschluss meines Studiums begann ich Kapitel daraus zu lesen, was, gefolgt vom Kommunistischen Manifest, für mich neue Welten eröffnete. Da „links sein“ in meinem Elternhaus als Schimpfwort genutzt wurde und mir der von mir praktizierte Umweltaktivismus zunehmend zu persönlich-moralisch wurde, beschloss

ich zunächst „nur“ feministisch aktiv zu werden. Bald erkannte ich, dass das Grundübel „Kapitalismus“ heißt und Feminismus allein nicht die Welt retten wird. Es benötigt eine gewisse Struktur, um politische Schlagkraft zu entwickeln. Auf meiner Suche nach der „richtigen“ Organisation lernte ich einige kennen. Ein Kollege, SLP-Mitglied, gewährte mir Einblicke in die Arbeit und Strukturen der SLP.

Begeistert von Kontinuität und Kombination von Weiterbildung, persönlicher Entwicklung und Aktivismus erkannte ich bald, wo ich aktiv werden möchte. Die SLP zeichnet sich besonders durch permanente Diskussionsbereitschaft und dadurch aus, dass auch Mitglieder mit weniger Zeit sich demokatisch gleichwertig einbringen können.

**Lena G.,
26, Lehrerin**

Kopf des Monats

Die gesetzlichen und die notwendigen Infektionsschutzmaßnahmen bestimmen gegenwärtig die Konjunkturentwicklung in Österreich, wie auch in vielen anderen Ländern. In den ersten drei Quartalen des ablaufenden Jahres ist das Bruttoinlandsprodukt laut den Daten der VGR-Quartalsrechnung von Statistik Austria um 7,2 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres geschrumpft. Nach den BIP-Rückgängen von 2,8 % bzw. 11,6 % gegenüber dem Vorquartal wurde im dritten Quartal ein Wachstum von 12,0 % verzeichnet. Seit dem Sommer sind die Infektionszahlen unerwartet kräftig gestiegen, wodurch die Gefahr einer Überlastung des Gesundheitssystems bestand. Die Regierung reagierte mit einer schrittweisen Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen und verordnete im November einen neuerlichen Lockdown. Damit ist die wirtschaftliche Erholung zum Erliegen gekommen, sodass das Institut nunmehr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 4,8 % gegenüber dem Vorquartal erwartet. Dabei dürfte die Bremswirkung des

Experte für Durchschnitts-Phrasen: Der neue Arbeitsminister Martin Kocher soll ein ganz Unabhängiger sein. Mit Kurz ist er sich einig. Positionen? Nichts Neues: Es sei die „Schaffung von Arbeitsplätzen entscheidend“, Kurzarbeit „kein Dauerinstrument“ und klares Nein zur Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Als IHS-Chef hat ihn die 2. Welle überrascht...



Corona stoppt uns nicht!

Als sich Ende Jänner 2020 das CWI nach der Trennung von einer Minderheit in International Socialist Alternative umbenannte, konnte niemand ahnen, welch schwieriges Jahr vor uns liegen würde. Doch nicht nur die Herausforderungen, sondern auch unsere Leistungen waren beachtlich. Natürlich wurde auch unsere Arbeit von der Corona Pandemie geprägt. So kam

onen war u.a. die internationale Vernetzung von Genoss*innen, die im Gesundheitsbereich arbeiten. In diesem Jahr konnten wir bei den irischen Parlamentswahlen den Sitz unseres Mitglieds Mick Barry verteidigen, der nun eine wichtige Rolle bei den Protesten von Schüler*innen gegen die wegen Corona noch ungerechteren „Aus siebprüfungen“ spielt.

Im Frühjahr, nach einer

geln“ hält. In Minneapolis war ein Genosse als Mitglied der Busfahrer*innen gewerkschaft treibend, dass die Gewerkschaft den Abtransport verhafteter Demonstrant*innen verweigerte. Dies und die richtige Position der US Genoss*innen, nach den Vorwahlen nicht Biden, sondern die Gründung einer Arbeiter*innenpartei zu unterstützen, stärkte die Position in den USA.

Trotz Pandemie und Repression baut sich die International Socialist Alternative ISA stetig auf.

es insbesondere während der ersten internationalen Lockdowns zu häufigen online Treffen unserer internationalen Führungs gremien mit dutzenden Vertreter*innen aus der ganzen Welt, um unsere Positionierung bezüglich COVID 19 auszuarbeiten.

Breit wurde und wird diskutiert, was die wirtschaftlichen und politischen Folgen und Forderungen sind. Dies ist Ausdruck einer ausgereiften und verbesserten Debattenkultur, die sich auch im regelmäßigen Erscheinen internationaler Bulletins ausdrückt, die zur Information und Schulung von Mitgliedern und der Verschriftlichung von Debatten dienen. Ein Ergebnis unserer Diskussi

kurzen Schockstarre durch Corona wurde die Welt von der Black Lives Matter (BLM) Protestwelle erfasst, an der wir uns in einer Reihe von Ländern beteiligten. Unsere Schwesterorganisation in den USA spielte hierbei eine herausragende Rolle. Dass unsere Stadträtin in Seattle, Kshama Sawant, den Protestierenden Zugang zum Stadtrat verschaffte, zeigt wie Sozialist*innen politische Ämter zur Unterstützung sozialer Bewegungen einsetzen können – und dass gerade das zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen sie geführt hat, zeigt, wie sehr die Herrschenden es hasen, wenn man sich nicht an ihre die Demokratie beschränkenden „Spielre-

Auch in anderen Ländern waren Mitglieder der ISA in Massenbewegungen aktiv, brachten Vorschläge für Programm und Kampfstrategien ein: Z.B. bei den Protesten gegen Angriffe auf das Recht auf Abtreibung in Polen oder die Massenbewegung gegen Polizeigewalt in Nigeria. Unsere aktive Unterstützung der Proteste gegen Diktator Lukaschenko – inklusive einer Strategie für die Bewegung – führte zum Aufbau einer ISA Gruppe in Weißrussland. Auch in anderen Regionen und Ländern haben wir neue Gruppen und Aktivist*innen, dazu gehören Mexiko, Indien und Argentinien. Dass sich gerade Jugendliche politisieren und nach neuen – und

sozialistischen – Ideen suchen, zeigt sich in den intensiven Diskussionen, die wir mit Jugendlichen in u.a. Georgien und Kroatien führen.

Einige Sektionen mussten nach der Spaltung neu aufgebaut werden. Dies gelang z.B. in Nigeria. In England und Wales hielt unsere im letzten Jahr gegründete Sektion ihren ersten Kongress ab und in Schottland konnten wir erste Treffen organisieren. Neben unserer sehr lebendigen Homepage erreichen wir durch unseren YouTube Kanal „World to win“ in Englisch, Spanisch und Portugiesisch Menschen auf der ganzen Welt mit Berichten und Analysen. Neben Pandemie und Wirtschaftskrise sind unsere Aktivist*innen aber auch von Repression und staatlicher Gewalt betroffen. In Hong Kong z.B. erschweren die Angriffe auf (noch) existierende demokratische Rechte unsere Arbeit. Einschüchtern lassen wir uns davon nicht – sondern verbinden wie z.B. bei Protesten in Russland, Tunesien oder dem Sudan Forderungen nach demokratischen Rechten mit sozialen Forderungen.

Das letzte Jahr sah auch eine Reihe internationaler Initiativen und Solidaritäts-Kampagnen. Beson-

ders hervorzuheben dabei sind die bedeutenden Fortschritte unserer sozialistisch-feministischen Arbeit, die sich im neu gegründeten Frauenbüro sowie unserer internationalen Kampagne ROSA ausdrückt.

Das letzte Jahr war mit Sicherheit kein leichtes und durch die Spaltung haben wir darauf mit anfangs geschwächten Kräften reagieren müssen. Doch das haben wir mit voller Dynamik, mit vielen neuen Aktivist*innen, lebendigen Diskussionen und Interventionen, mit „alten“ und „neuen“ Medien gut gemeistert. Corona und die voll entbrannte Wirtschaftskrise haben neben der Klimakrise den Arbeiter*innen und Jugendlichen weltweit die Brutalität des Kapitalismus offenbart. Die internationalen Verflechtungen, die gleichen brutalen Methoden der Herrschenden und die Gemeinsamkeiten der Unterdrückten, der Arbeiter*innen, weltweit treten überdeutlich hervor. Die letzten Monate stimmen aber zuversichtlich, dass die Kräfte der ISA eine zentrale Rolle dabei spielen werden, dass das herrschende System besser früher als später der Vergangenheit angehören wird.

Lukas Kastner
internationalsocialist.net

Nach dem Sturm aufs Capitol

Erschreckende Bilder waren das, als tausende Trump-Fans aufs Capitol stürmten. Seitdem ist die erstarkte rechtsextreme Szene in den USA in aller Munde. Dabei ist es kein neues Problem: In vielen der ärmeren Vorstädte konnte die Bevölkerung die Gefahr durch schwer bewaffnete Milizen, die Seite an Seite mit der Polizei gegen Demonstrant*innen der „Black Lives Matter (BLM)“ Bewegung losgingen. Jetzt kamen die Rechtsextremen auch in Greifweite des US-Establishments und sind plötzlich nicht mehr nur das Problem wütender Arbeiter*innen.

Das ist symbolisch für die Beziehungen zwischen Trump, der Republikanischen Partei und Reichen & Konzernen. „Die Geister die ich rief/werd ich nun nicht mehr los“ sagt Goethes Zauberlehrling. Trump hatte seinen großen Nutzen für die ganze Rechte in den USA: Er gewann Wahlen, er kürzte Steuern, er hetzte und lenkte damit ab... im Schatten seines Erfolges sammelte sich (nach etwas Zögern) das alte Establishment, die „Tea Party“ Rechte bis hin zu Anhänger*innen von Verschwörungs- „theorien“, Milizen und evangelikale Christ*innen. Dieses Bündnis stand auf den wankenden Beinen

Trumps. Jetzt, wo er es zu weit getrieben hat und sein Stern sinkt, muss es zerfallen.

Ob Trump wie angekündigt die „Republikaner“ spaltet und eine eigene Partei gründet, gilt abzuwarten, aber sein Agieren hat die extreme und gewaltbereite Rechte stark gemacht. Anführer*innen konnten sich etablieren und Unterstützer*innen gewinnen. Auf nationaler Ebene organisieren konnten sie sich aber nicht. Zur Besetzung des Capitols wurde zwar aufgerufen, aber dort angekommen war man planlos. Lokal sind rechte Milizen längst gefährlich und das wird eher schlimmer werden.

Ob sich eine nationale Organisation durchsetzen kann, hängt an der Entwicklung von Kämpfen, wenn Arbeiter*innen einfordern, was Biden versprochen hat – und auch am Widerstand von Links. Es wird Entschlossenheit und politische Klarheit brauchen, um angesichts dieser Eskalation gegen Rassismus UND gegen soziale Ungerechtigkeiten zu kämpfen. Denn trotz aller Präsenz der Rechten: BLM, die Klimabewegung und Klassenkämpfe waren in den letzten Jahren weit stärker und haben den Herrschenden Druck gemacht.



USA: Wieder alles im grünen Bereich?

Die Demokratische Partei hat die Mehrheiten im Kongress, die selbst Obama nicht hatte. Kann Biden also

ändern, kann aber Biden für eine gewisse Zeit Unterstützung bringen. Fraglich ist, ob er Trumps Steuerpolitik

Hunderttausende haben sich unter Trump nach links politisiert, Biden haben sie dabei längst überholt.

Trump rückgängig machen? Schon am Tag der Amtseinführung unterzeichnete er Dekrete zu Klima, Umwelt und Migration. Sein angekündigtes Konjunkturpaket ist 1,9 Billionen schwer, inklusive Direktzahlungen an Haushalte. An den Grundlagen der aktuellen Wirtschaftskrise inklusive dem massiv gewachsenen Niedriglohnsektor wird das nichts

mit Milliardengeschenken an Reiche und Konzerne angehen wird. Denn Ziel von Bidens Maßnahmen ist die Stabilisierung des US-Kapitalismus, da sind sich Demokraten und Republikaner einig. Auch in der Partei verschafft ihm das eine Atempause. Gegen Trump sammelten sich auch viele Linke hinter der Parteiführung. Dahinter verschwand auch ein Prozess

in und am Rande der Partei rund um Sanders, Ocasio Cortez und andere, die auch eine sozialistische Politisierung von Hunderttausenden ausdrückten. Der „Squad“, wie die linke Gruppe in der Demokratischen Fraktion genannt wird und auf die viele Linke hoffen, bleibt fächerweise bisher Biden-loyal. Staatstragend übergehen sie die Widersprüche zwischen den „Democrats“ und den Forderungen der sozialen Bewegungen. Dabei ist es höchste Zeit, mit der Partei zu brechen und eine neue aufzubauen, die Massenbewegungen wie BLM mit der Serie von gewerkschaftlichen Kämpfen verbindet.

Beide Artikel von Till Ruster

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Südafrika: Sieg

Ab 13.10. wurde der Nahrungsmittelkonzern Clover in Südafrika 8 Wochen lang bestreikt. Auslöser waren geplante „Umstrukturierungen“, erhöhte Arbeitszeiten und die Streichung von Feiertagen nach der Übernahme durch den Konzern Milco, der wiederum der CBC (Coca Cola Israel) gehört. Die Gehälter sollten 2020/21 bei rund 300 € stagnieren. Es wurde gestreikt, unter #Boycott-Clover Druck aufgebaut

und u.a. vor der israelischen Botschaft in Pretoria demonstriert. Die Workers' and Socialist Party (ISA in Südafrika) beteiligte sich über Mitglieder der Gewerkschaft GIWUSA und Solidaritätsaktionen am Streik. Maavak Sotsialissti (ISA in Israel/Palästina) organisierte eine Aktion vor der CBC-Zentrale in Tel Aviv. Am 9.12. mussten die Bosse eine Lohnerhöhung um 6,5% zugestehen.

socialist.org.za,
socialism.org.il

Tunesien

10 Jahre nach dem arabischen Frühling wird Tunesien von einer neuen Protestwelle erfasst. Aktivist*innen von ISA in Tunesien haben mit der FB-Gruppe „Die Revolution geht weiter“ den Nerv getroffen. Sie betonen außerdem die Notwendigkeit, dass die Organisationen der Arbeiter*innenbewegung Teil der Proteste werden und einen Generalstreik organisieren, um u.a. endlich die Forderungen von 2011 umzusetzen.

thawrablog.com

Britannien: Lehrer*innen

In Britannien wurden im September die Schulen komplett geöffnet und darauf zu Corona-Hotspots. Im Jänner riefen die Bildungs-Gewerkschaften NEU und UNISON daher auf, anstatt in der Schule von zuhause aus zu unterrichten und organisierten Onlinetreffen mit bis zu 400.000 Teilnehmenden. Die Regierung wurde gezwungen, die Schuleöffnung zurückzunehmen. Die Socialist Alternative Education Workers (in der

ISA in Britannien organisierte Lehrkräfte) sind im Education Solidarity Network in NEU aktiv und setzen die Anerkennung der Schulen als unsichere Arbeitsplätze und die Forderung nach kleineren Klassen durch. Die konservative Regierung versucht unterdessen, antirassistische und antikapitalistische Materialien von den Schulen zu verbannen und NEU-Aktivist*innen zu suspendieren.

socialistalternative.net



Streiken gegen Sexismus und Unterdrückung! Aber wie?

Seit ein paar Jahren gibt es in der feministischen Bewegung Diskussionen über die Möglichkeiten feministischer Streiks. Am 8.3.2018 beteiligten sich im spanischen Staat 5 Millionen am "Generalstreik für Gleichberechtigung" - eine der größten Mobilisie-

Sexstreiks usw., die stark individualisiert werden und keine wirkliche Massenkraft entfalten, hängen mit der gesamten Schwäche von Arbeiter*innenbewegung und Gewerkschaften zusammen. Ein Streitpunkt ist: Frauenstreik (nur mit der Be-

chen wir nicht mehr Anerkennung oder nur bessere Aufteilung von Hausarbeit - wir wollen grundlegend etwas daran ändern, dass diese unbezahlte Arbeit überhaupt individuell verrichtet werden muss. Dafür braucht es Kämpfe um öffentliche und

Frauen im "Privaten" erleben müssen, wirken solche "Streik"-konzepte im ersten Moment radikal. Aber echte Verbesserungen oder grundlegende Veränderungen erreichen wir durch sie nicht - weil es nicht die wahren Verantwortlichen für Ungleichheit und die Unterdrückung von Frauen, die Herrschenden und Regierenden, trifft, sondern eher die Idee verstärkt, der Feind seien "die Männer" und nicht das System.

Der 8. März muss wieder zu einem Kampftag der Arbeiter*innenbewegung und der Gewerkschaften werden!

rungen in der Geschichte des Landes. Davon inspiriert griffen Bewegungen in Polen, Lateinamerika, der Schweiz und in anderen Ländern die Idee eines feministischen Streiks, aber auch des Frauenstreiks, immer stärker auf.

Das Aufgreifen von Kampfmethoden der Arbeiter*innenklasse durch feministische Bewegungen ist eine wichtige Entwicklung, die auch im Zusammenhang damit steht, dass Frauen immer stärker an vorderster Front in sozialen Bewegungen und Kämpfen der Arbeiter*innenklasse stehen. Trotzdem gibt es sehr viele unterschiedliche Vorstellungen davon, was Streiken eigentlich bedeutet - und wie massenhafte Streiks für Frauenrechte organisiert werden können. Diffuse Vorstellungen von symbolischen "Streiks", Hausfrauenstreiks,

teiligung von Frauen) oder feministischer Streik (alle streiken für feministische Forderungen)? Die große Stärke der Mobilisierungen im spanischen Staat lag zwar darin, dass sich die Streikaufrufe nicht nur an Frauen richteten, doch es blieb trotzdem umstritten, ob Männer an dem Tag mitstreiken, oder Haushalt und Notversorgung in "systemrelevanten" Branchen wie Gesundheit & Soziales übernehmen sollten.

Die Idee von "Hausfrauenstreiks" gibt es in der Frauenbewegung schon lange. Aus marxistischer Sicht gibt es einiges an diesen Konzepten zu kritisieren, und zwar sowohl an Methode als am Ziel. Die Forderung nach bezahlter Hausarbeit verstärkt nur die Isolation von Frauen durch Haus- und Reproduktionsarbeit an sich. Für echte Frauenbefreiung brau-

kostenlose Kinderbetreuung und Pflege, öffentliche und kostenlose Kantinen und Stadtteilzentren, Innovationen für "menschenloses Putzen", leistbaren Wohnraum, Jobs, höhere Löhne und Sozialleistungen für echte Möglichkeiten eines unabhängigen Lebens für Frauen.

Individualistische Streikaufrufe - wie dafür, die Haus- und Carearbeit für einen Tag niederzulegen oder keinen Sex zu haben, erreichen einerseits nur Frauen, die sich so etwas "leisten" können, also z.B. nicht in einer gewalttätigen Partnerschaft stecken oder alleinerziehend sind, und bauen gleichzeitig die Illusion auf, wir könnten Verbesserungen gegen oder ohne Männer aus der Arbeiter*innenklasse erkämpfen. Aufgrund der oft massiven Erniedrigung und Ausbeutung, die

an dem Tag. Ein Ansatzpunkt kann die Forderung nach einem echten Corona-Bonus für alle Beschäftigten sein, weil viele Kolleg*innen in "systemrelevanten" und frauendominierten Bereichen keinen bekommen haben.

Die Gewerkschaften müssen darüber hinaus auch politische Kampagnen gegen Alltagssexismus, Gewalt an Frauen etc. organisieren, kurz: den Kampf um Frauenbefreiung wirklich führen. Denn für Marxist*innen ist klar, dass nur durch die größtmögliche Einheit der Arbeiter*innenklasse - unabhängig von Geschlecht, Herkunft usw. - größtmögliche Kampfkraft erreicht werden kann. Deswegen sind reine Frauenstreiks auch nicht so wirksam wie gemeinsame Streiks unabhängig vom Geschlecht. In Glasgow ist es 2019 städtischen Beschäftigten gelungen, durch einen 48-Stunden-Streik für Lohngleichheit für Frauen und Männer Kompensationszahlungen von 500 Millionen Pfund an die weiblichen Beschäftigten zu erkämpfen. Das war nur durch den gemeinsamen Kampf von männlichen und weiblichen Beschäftigten möglich, die sich nicht haben spalten lassen. Solche Kämpfe müssen wir uns als Beispiel nehmen.

Sarah Moayeri

Rosa Luxemburg – Leben in permanenter Revolution

Am 5.3. ist Rosa Luxemburgs 150. Geburtstag. Dass ihr nur 49 Lebensjahre blieben, lag an ihrer Ermordung 1919 durch rechte Freikorps. Diese wurden

Es geschah vor

150

Jahren...

vom reaktionären Flügel der deutschen Sozialdemokratie, gegen den Rosa gekämpft hatte, mit der Niederschlagung der Revolution und Ermordung der Revolutionär*innen beauftragt.

Geboren in Polen, das zum russischen Zaren-

reich gehörte, schließt sie sich als Schülerin der sozialistischen Bewegung an. Zum Studieren muss sie nach Zürich. 1897 geht sie nach Deutschland, schließt sich der SPD an und kämpft gegen Eduard Bernstein, der eine Aussöhnung mit dem Kapitalismus anstrebt. 1905: Revolution in Russland. In Folge sieht sie die Organisierungserfolge der SPD skeptischer, weil der Wille zur Überwindung des Kapitalismus verschwindet.

1914 ist sie eine der wenigen gegen die Befriedenspolitik. Dafür wird sie von Staat und SPD verfolgt und eingesperrt. Doch sie baut,

zu spät wie sie selbstkritisch feststellt, mit Liebknecht und anderen an einer revolutionären Strömung bis zu Spartakusbund und KPD auf. Sie ist begeistert von der Russischen Revolution, aber auch kritisch gegen echte und vermeintliche Fehler der Bolschewiki. Gegen den später daraus konstruierten Antibolschewismus kann sie sich nicht mehr wehren. Sie starb im Bewusstsein, für ein sozialistisches Deutschland im Sinn der permanenten Revolution zu kämpfen, und nicht für eine bürgerliche Republik der sozialdemokratischen bzw. stalinistischen Etappentheorie.

Albert Kropf



Bundesarchiv, Bild 183-14077-006 / Unknown author / CC-BY-SA 3.0 DE <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.de>, via Wikimedia Commons

Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch

- bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechts-extreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand

- und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu

- regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Gegen die Regierung?! Aber richtig!

„Corona-Leugner*innen/
Skeptiker*innen“

Forderungen haben sie we-
nig bzw. keine, die Sicher-

kräfte und Lehrer*innen.
Leerstehende Hotels nut-

*Die selbsternannten „Skeptiker*innen“
sind nicht kritisch, sondern vertreten
Wirtschaftsinteressen.*

schieren auf. Sie sind eine Mischung aus Kleinunternehmer*innen, Impfgegner*innen etc. im Verbund mit extremen Rechten und Neofaschist*innen.

heit schaffen: Weder gesundheitlich noch sozial. So sind sie für die Regierung ungefährlich. Tatsächlich „radikale“ Forderungen sind: Zehntausende zusätzliche Pflege-

zten, um Massenquartiere für Obdachlose und Flüchtlinge schließen zu können. Lohnerhöhung für die Handelsangestellten. Übernahme der heimischen Pharmaunter-

nehmen, um sofort selbst Impfstoff für alle zu produzieren. Beschlagnahmung der Vermögen jener Firmen, die mit völlig überteuerten Masken extra-Profite gemacht haben, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn statt Arbeitslosigkeit. Finanzierung durch die Vermögen von Banken, Konzernen und Superreichen. Das wäre radikal und eine echte Alternative zu den Pseudo-Skeptiker*innen UND der Regierung!

Termin:

**Frauenstreik?
Feministischer
Streik?**

Veranstaltung von „Nicht mit mir – Rosa International“ mit internationalen Redner*innen aus Polen, Irland und Spanien.

**6.3.2021
um 11⁰⁰ Uhr
(Ort siehe slp.at)**

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr

VÖCKLA BRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag,

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr

SLP Brigittenau
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr

Wegen Corona finden die Treffen sehr unterschiedlich statt, in den Lokalen, auf Zoom oder im Freien. Wir freuen uns auf Deine/Ihre Teilnahme.

Bitte vorher unter www.slp.at/kalender schauen, wo bzw. wie das Treffen stattfindet bzw. unter slp@slp.at die Einwahldaten für Online-Treffen erfragen.

**Gibt es nicht aus Profitstreiben.
Gibt es aus Überzeugung.**

Jetzt abonnieren!

Normal-Abo € 24,-
Sozial-Abo € 14,-
(für Menschen ohne eigenen Einkommen)
All-Inklusive-Abo ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000 00 8812733
BIC: OPSAUTW



> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

www.slp.at | slp@slp.at | [/slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)

